

Öffentliche Sitzung des Ortschaftsrates Büchenau am 17.11.2025

■ **Melanie Ernst**

Au in den Buchen 26
76646 Bruchsal

2025.11.17: Notizen aus dem Ortschaftsrat

■ **Sven B. Riffel**

Gustav- Laforsch- Str. 59
76646 Bruchsal

info@spd-buechenau.de

Im Folgenden geben wir die Inhalte der Ortschaftsratsitzung vom 17.11.2025 wieder, wie sie inhaltlich verstanden wurden. Es erfolgt kein Anspruch auf Vollständigkeit der wiedergegebenen Inhalte.

Ortsvorsteherin Kramer begrüßt alle Ortschaftsrät*innen, Frau Besenfelder, Amtsleiterin Bürgeramt, Frau Weber, Amtsleiterin Personal- und Organisationsamt, sowie Herrn Golka, Fachbereichsleiter Finanzen und Beteiligungen.

Tagesordnung:

- Top 1** Haushaltsplan der Stadt Bruchsal für 2026
- Top 2** Anpassung der Öffnungszeiten in der Verwaltungsstelle - Anhörung des Ortschaftsrates
- Top 3** Bekanntgaben
- Top 4** Anfragen und Anträge aus dem Ortschaftsrat
- Top 5** Bürgerfragestunde
- Top 6** Kenntnisnahme des Ortschaftsrates vom Protokoll der Sitzungen am 13.10.2025

Top 1: Haushaltsplan der Stadt Bruchsal für 2026

Herr Golka erläutert anhand von Folien den Haushaltsplan 2026. Darunter auch eine Position „privatrechtliche Leistungen“ in Höhe von rund 2,63 Mio. Euro. Diese kommt der Stadt Bruchsal direkt zu gute. Hierzu würden zum Beispiel auch die Einnahmen aus Windkraftanlagen zählen.

2026 wird es 4,6 Personalstellen weniger geben als bisher. Da gleichzeitig die Anzahl der zu erbringenden Leistungen steigt, können diese nicht mehr in der bisherigen Qualität erbracht werden.

Bei den zehn größten Maßnahmen von 2026 bis 2029 ist ein Neubau eines Feuerwehrgerätehaus in Büchenau nicht aufgeführt. Laut aktueller Vorausplan werden sich die Schulden bis 2029 auf rund 130 Mio. Euro erhöhen; 2024 waren es noch rund 24 Mio. Euro.

Ortsvorsteherin Kramer ergänzt, dass zum Beispiel die Sozialausgaben im Landkreis im Jahr um rund 30 Mio. Euro steigen. Das führt zu einer deutlichen Erhöhung der Kreisumlage.

Es schließen sich die Fragen und Stellungnahmen der Fraktionen an:

CDU: Die CDU fragt an, wie eine Lösung aussehen soll, wenn das Gasnetz in den kommenden 15 Jahren abgestellt werden soll?
Wo könnte bei Sozialleistungen gespart werden?

In der Haushaltsvorstellung kam kein Neubau eines Feuerwehrgerätehauses in Büchenau vor. Wie sieht es damit aus?

Herr Golka: Insgesamt ist noch nicht klar, wie der Ausstieg aus dem Gasbezug bis 2040/2045 erfolgen soll. Allerdings dürfte es unwirtschaftlich sein, z.B. Einfamilienhäuser in Büchenau an ein Fernwärmenetz anzuschließen. Besser sei eine dezentrale Eigenversorgung, wie z.B. durch Wärmepumpen.

Bezüglich den Einsparungsmöglichkeiten bei den Sozialleistungen ist bislang noch nichts festgelegt. Laut Stadtspitze soll nichts Bestehendes ad-hoc kaputt gemacht, sondern eher genau hingeschaut werden, wo Leistungen reduziert werden könnten.

Im ersten Quartal 2026 wird die Stadtverwaltung das Ergebnis der Machbarkeitsstudie zum Feuerwehrgerätehauses vorstellen. Danach liegt die Entscheidung beim Gemeinderat.

SPD: **Sven Riffel** führt aus, dass die nicht Aufführung des Neubaus für ein Feuerwehrgerätehaus in den Top Ten der Maßnahmen bis 2029 darauf hinweist, dass mit dem Bau frühestens ab 2030 gerechnet werden könnte. Dennoch hofft er auf eine Art „Wunder“, dass sich eventuell jemand finden lässt, der die Investitionen vorantreibt. Jeder ist dazu aufgerufen, sich bei den Einsparbemühungen und voraussichtlichen Reduzierung von Leistungen einzubringen und seinen Teil beizutragen. Unsere Gesellschaft lebt auf großem Fuß. Der Handlungsbedarf liegt bei der Bundes- und Landesregierung. Diese setzen die jeweiligen Rahmen und machen die Vorgaben.

Freien Wähler: Die Freien Wähler fragen nach, was die größten Haushaltsposten sind?

Herr Golka zählt zum einen die Kreisumlage und Finanzausgleichumlage auf. Zum anderen die steigenden Personalkosten, die Kosten für Kinderbetreuung sowie Vereine und für die BTMV GmbH und die Stadtwerke GmbH (ewb).

Top 2: Anpassung der Öffnungszeiten in der Verwaltungsstelle - Anhörung des Ortschaftsrates

Frau Besenfelder erläutert anhand von Folien die Ergebnisse der Auswertungen hinsichtlich der nachgefragten Dienstleistungen und Frequentierungen der Verwaltungsstellen.

Die Überprüfung bzw. Überarbeitung wurde bereits von der ehemaligen Oberbürgermeisterin Petzold-Schick angestoßen und war ein langwieriger Prozess. Sowohl die ehemalige Oberbürgermeisterin als auch der amtierende Oberbürgermeister Weigt haben darauf hingewiesen, dass die Verwaltungsstellen bestehen bleiben.

Die letztmalige Anpassung der Öffnungszeiten der Verwaltungsstellen hat vor 15 Jahren stattgefunden. Über alle Verwaltungsstelle hinweg kann von einer Auslastung < 50 % ausgegangen werden. Unterschieden wird nach Kundenvorsprachen und Tätigkeiten ohne Kunden. Hierfür stehen bislang 36 Stunden pro Woche in Büchenau zur Verfügung; bei zwei Personen wären dies je 18 Stunden pro Woche.

Es werden künftig immer zwei Personen vor Ort sein; auch wegen der Arbeitssicherheit. Weiterhin ist eine Springerstelle vorgesehen. Die Öffnungszeiten der Verwaltungsstellen in Büchenau und Untergrombach sollen so abgestimmt werden, dass die Mitarbeitenden wechselweise an beiden

Standorten eingesetzt werden können. Ferner stehen den Bürger*innen alle Verwaltungsstellen bzw. das Bürgerbüro Bruchsal zur Verfügung. Eine Reduzierung der Aufgaben ist nicht vorgesehen. Zwar können einige Dienstleistungen inzwischen online erledigt werden, doch gibt es weiterhin Vorgänge, die eine direkte Bearbeitung vor Ort erfordern (z.B. das Beantragen eines Personalausweises). Der aktuelle Vorschlag sieht 20 Stunden pro Woche vor (je 10 Stunden pro Woche und Person). Für die Verwaltungsstelle Büchenau sind im Moment folgende Öffnungszeiten vorgesehen:

Mo	09:00 bis 12:00 Uhr	
Di	geschlossen	
Mi	geschlossen	
Do	09:00 - 12:00 und 14:00 - 16:00 Uhr	
Fr	geschlossen	(ohne Gewähr)

Es schließen sich die Fragen und Stellungnahmen der Fraktionen an:

Freien Wähler: Um den Berufstätigen die Chance zu geben die Verwaltungsstelle aufsuchen zu können, sollte zumindest donnerstags bis 17:00 Uhr geöffnet werden.

CDU: Die vorgestellten Zeiträume könnten nur bedingt von Berufstätigen genutzt werden. Somit sollte zu den Randzeiten die Möglichkeit geboten werden, die Verwaltungsstelle aufzusuchen. Eventuell könnten die Zeiten in die nicht öffentlichen Arbeitszeiten ausgeweitet werden. Wie sehen die Öffnungszeiten in Untergrombach aus und wieso wird das Bürgerbüro in der Kernstadt gegenüber den Verwaltungsstellen gestärkt?

Frau Besenfelder: Die Anregungen des Ortschaftsrates Büchenau greift Frau Besenfelder gerne auf. Deshalb handelt es sich heute auch um eine Anhörung. In Untergrombach gibt es eine vergleichbare Stundenanzahl. Ferner wird am Montagnachmittag geöffnet sein; donnerstags von 8:00 bis 18:00 Uhr und am Freitag von 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr. Es gibt eine gesetzliche Verpflichtung für die Einrichtung von Bürgerbüros. Frau Besenfelder bestätigt, dass das Angebot der Öffnungszeiten an den Bedarf bzw. die Kundennachfrage angepasst werden wird.

SPD: **Sven Riffel** sieht die Öffnungszeiten ebenso kritisch in Bezug auf Berufstätige. Er verweist auf das interne Arbeitspapier „2025.LW09.AP“ der SPD:

Im Jahr 2011 hatte sich die SPD Büchenau stark für den Erhalt der Verwaltungsstelle Büchenau und den bürgernahen Service eingesetzt. Letzten Endes hat dies mit dem Ausschlag gegeben, die Verwaltungsstellen in den Ortsteilen zu sanieren und zu erhalten. Ziel war es zur damaligen Zeit, dass die gewünschte Bürgernähe vor Ort erhalten bleibt und die Dienstleistungen der Stadtverwaltung Bruchsal in den Ortsteilen auf kurzem Wege wahrgenommen werden können.

Die SPD Büchenau hält eine dezentrale Verwaltungs- und Anlaufstelle in den Ortsteilen auch mit Blick auf zukünftige Herausforderungen für eine strategische Notwendigkeit. Nicht zuletzt aus arbeits-sicherheitstechnischen Gründen, sollten zwei Personen zeitgleich vor Ort sein. In Hinblick auf

angefragte Bürgerdienste sollte auch die Digitalisierung (Stichwort Online-Zugangs-Gesetz (OZG)) berücksichtigt werden.

Freien Wähler: Das aufgezeigte Konzept macht durchaus Sinn. Wichtig ist jedoch eine gute, wöchentliche Kommunikation der Öffnungszeiten und offenen Verwaltungsstellen im Amtsblatt. Auch die Digitalisierung von Bürgerdiensten ist wichtig.

Frau Besenfelder: Die Stadt Bruchsal ermöglicht digitale Bürgerdienste insofern dies rechtlich möglich ist. Zum Teil gibt es aber gesetzliche Hürden, die eine Digitalisierung von Prozessen verhindern.

Top 3: Bekanntgabe

Anfrage zur Beschilderung „Schrittgeschwindigkeit“ am Promenadenweg Baggersee Alte Allmed:

Nachdem die Anfrage der SPD zum „Promenadenweg entlang des Baggersees Alte Allmend“ (2024.VÖ01.A0) vom 16.09.2024 in der letzten Ortschaftsratssitzung durch die Stadtverwaltung Bruchsal ohne positive Rückmeldung beantwortet wurde, wurde seitens des Ortschaftsrates ergänzend die Anfrage bezüglich einer Ausschilderung mit dem Hinweis „Schrittgeschwindigkeit“ gestellt. Die Stadtverwaltung teilt dazu mit, dass vor Ort bereits eine Beschilderung vorhanden ist, die darauf hinweist, dass in diesem Bereich Fußgänger Vorrang haben und auf dem Gehweg/Radweg nur Schrittgeschwindigkeit erlaubt ist. Eine parallele (doppelte) Verdeutlichung dieser bereits geltenden Regelung ist aus rechtlichen Gründen nicht möglich bzw. darf nicht erfolgen.

Durchfahrten in den Straßen Hirtengasse und Bankgässle: Hierzu ist im Frühjahr 2026 eine Verkehrsschau angedacht.

Top 4: Anfragen und Anträge aus dem Ortschaftsrat

Antrag der CDU: Die CDU stellt den Antrag „**Stellungnahme bezüglich der Kommunikationsstrategie bei Störfällen und Krisenfällen**“ an die Stadt Stutensee über die Stadt Bruchsal. Hintergrund ist unter anderem das letzte Ereignis, bei dem das Trinkwasser durch E-Coli-Bakterien kontaminiert wurde.

Der Ortschaftsrat Büchenau unterstützt den Antrag.

Top 5: Bürgerfragestunde

Ein Bürger fragt nach, ob das Gerücht stimmt, dass das Amtsblatt zukünftig nur gegen Gebühr erhältlich ist und in den kommenden Jahren eingestellt werden soll.

Ortsvorsteherin Kramer teilt mit, dass das Amtsblatt im kommenden Jahr noch kostenlos sei. Danach sei die Papierversion kostenpflichtig. Über die Homepage der Stadt Bruchsal ist dieses digital und kostenlos zu erhalten.

Der Ortschaftsratsitzung wohnten 3 Bürger*innen bei.